



Der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland steht am Scheideweg. In vielen industriellen Bereichen stehen jetzt Entscheidungen über Investitionen und Standorte an, die darüber entscheiden, ob die Transformation mit einer starken Wirtschaft und Guten Arbeitsplätzen in der Industrie gelingt. Das gemeinsame Ziel muss es sein, internationaler Vorreiter für die smarte Transformation zu werden: bei der Energieversorgung, der industriellen Produktion mit innovativen und klimaschonenden Technologien und am Ende natürlich auch mit motivierten und gut ausgebildeten Beschäftigten. Die IGBCE begrüßt deshalb ausdrücklich das Vorhaben des BMWK, eine aktualisierte Industriestrategie zu entwickeln und regt an, bei der Erarbeitung der Industriestrategie einen Fokus auf die folgenden Punkte zu legen.

Öffentliche Förderung und Arbeitsplatzert halt gehen Hand in Hand

Für die IGBCE ist klar, dass jegliche öffentliche Förderung von Unternehmen mit einer Verpflichtung zum Standort- und Arbeitsplatzert halt einhergehen muss. Auch sollte das Einhalten von Kriterien Guter Arbeit (z.B. Tarifbindung) zur Vorbedingung für eine öffentliche Förderung gemacht werden. Auch muss unter allen Umständen vermieden werden, dass Unternehmen mit öffentlichen Geldern bei der Transformation ihrer Prozesse unterstützt werden und anschließend Standorte, Produktion und Arbeitsplätze verlagern.

Erhalt und Aufbau geschlossener Wertschöpfungsketten

Eine neue Industriestrategie muss konsistent auf gesamte Wertschöpfungsketten ausgerichtet sein und darf nicht auf einzelne Felder begrenzt sein. Wenn Teile von Wertschöpfungsketten verlagert werden, drohen Kaskadenwirkungen aufgrund von Verbundeffekten. Die letzten Jahre haben jedoch gezeigt, wie anfällig ein solches Wirtschaftsmodell gegenüber Verwerfungen in den Lieferketten sein kann. Eine neue Industriestrategie sollte zusammenhängende Wertschöpfungsketten identifizieren, die essenziell für den Erfolg der Transformation sind. Dieser Ansatz darf nicht ausschließlich vom Endprodukt aus gedacht werden, sondern muss die notwendigen Vorleistungen umfassen. Ziel muss es sein, strategische Industrie-Ökosysteme in Europa zu etablieren.

Energie bezahlbar und planbar machen, Wasserstoffhochlauf jetzt

Die großen Investitionsentscheidungen für eine transformierte Industrie in den 2040er Jahren stehen jetzt an. Davor müssen der entsprechende H₂-Markthochlauf und die Energiewende in weiten Teilen bereits erfolgt sein. Schließlich wird allein der Energiebedarf einer klimaneutralen Chemie schätzungsweise bis zu 528 Terrawattstunden (Strom) und bis zu 235 TWh (H₂) betragen. Schon in 2030 kann die industrielle Nachfrage nach erneuerbarem Strom und grünen Wasserstoff das Angebot bei weitem übersteigen. Daher braucht es endlich den schnellen Hochlauf der entsprechend nötigen Technologien. Blauer Wasserstoff (hergestellt aus Erdgas und treibhausgas-neutral durch CCU und CCS) ist dabei eine wichtige Brücke zur Erreichung der erforderlichen Mengen, wie auch H₂-ready Erdgaskraftwerke, die letztlich einen Beitrag zur Netzstabilität leisten.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Transformation des europäischen Energiemarkts sind ebenfalls anzupassen, insbesondere vom Strommarkt, um die Umstellung auf elektrifizierte Produktionsverfahren anzureizen. Eine Reform des Strommarktdesigns in europäischer Dimension muss die Einführung eines bestenfalls europäischen Industriestrompreises auch im Übergang über doppelseitige CfDs eröffnen. Diese sollten solange technologieoffen ausgestaltet sein bis der EE-Ausbau den industriellen Strombedarf vollständig decken kann. Im Übergang kann dadurch kurzfristig ein Anreizmechanismus für die Errichtung und Betrieb von H₂-Ready Gaskraftwerken geschaffen werden.

Investitionen: Ausweiten, Anreizen, Schützen

Es bedarf einer Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit in die digitale, die physische und die (Weiter-)Bildungsinfrastrukturen. Erzeugungskapazitäten für erneuerbare Energien müssen auf- und ausgebaut werden, genauso wie die Übertragungsnetze und Speicherkapazitäten. Daneben braucht es aber auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, Schiene, Wasserwege, aber auch Straße, um den Anforderungen an einen modernen Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas gerecht zu werden. Auch die digitale Infrastruktur muss schnell vorangebracht werden, um im internationalen Wettbewerb keine Nachteile zu haben. Dabei hat die öffentliche Investitionstätigkeit auch immer einen Vorbildcharakter für private Investitionen, die attraktiver werden, wenn der Staat in den Standort investiert und die Zukunftsfähigkeit verbessert.

Ferner muss die private Investitionstätigkeit angereizt werden. Dies beinhaltet direkte Unterstützung bei Investitionskosten in transformative Produkte und Prozesse, entweder über direkte Subventionen oder Steuernachlässe. Das Argument eines drohenden Subventionswettlaufs ist insofern wertlos, als dass ein Rennen mit Sicherheit verloren geht, wenn man als einziger Teilnehmer nicht an den Start geht. Zur Überbrückung zeitweise höherer Betriebskosten erwarten wir die zügige Einführung der CfD's. Diese sollten gegenüber dem Entwurf der Förderrichtlinie einem größeren Kreis zur Verfügung stehen, um alle Transformationspotenziale zu heben. Auch steuerliche Erleichterungen wie Super-Abschreibungen bei Transformationsvorhaben können die private Investitionstätigkeit anreizen.

Um diese Maßnahmen durchzusetzen, sollte sich die Bundesregierung für eine Überarbeitung des Beihilferechts einsetzen. Die Ideale des freien und fairen Wettbewerbs und Binnenmarkts nützen nichts, wenn andere Regionen auf der Welt diesen Spielregeln nicht folgen. Die IPCEI sollten ausgeweitet und auch für KMU besser zugänglich gemacht werden. Um finanzschwächere Mitgliedstaaten zu unterstützen, sollte gemeinsame europäische Finanzmittel mobilisiert werden. Die schrittweise Einführung eines CBAM muss kritisch begleitet werden, damit die europäische Industrie keine Wettbewerbsnachteile im internationalen Vergleich hat. Das System sollte erweitert werden um eine WTO-konforme Komponente, die Anreize schafft, europäische Vorprodukte und Komponenten zu verarbeiten: Die nachweisliche Verwendung in Europa gefertigter, klimafreundlicher Komponenten könnte etwa an die Unternehmen rückvergütet werden.

Fachkräfte und Gute Arbeit für die Transformation

Die betriebliche Mitbestimmung gehört gestärkt und ausgeweitet. Diese Partizipation ist in der Transformation auf verschiedenen Ebenen essentiell und darf nicht allein durch die Gewerkschaften getrieben werden. Es braucht jetzt die Weiterentwicklung und den Push aus Wirtschaft und Politik. Die Reform des Betriebsverfassungsreform muss kommen. Transformationsräte und der digitale Zugang sind nur prominente Beispiele, die politische Unterstützung brauchen, um die Transformation mit den Menschen zum Erfolg zu bringen. Hier schließen unweigerlich die Themen einer veränderten Altersstruktur in den Betrieben und Qualifizierung an: Der Massenexodus der Babyboomer hat begonnen, gleichzeitig ist die Weiterbildung in der Transformation in noch fast allen Unternehmen mangelhaft.

Viele Ideen liegen auf dem Tisch, sie müssen nun intelligent zu bedarfsgerechten Qualifizierungspaketen, Transformationsagenturen und Beschäftigungscluster in den Regionen entwickelt werden. Die Unternehmen müssen moderner, offener und weiblicher werden, in allen Beschäftigungsbereichen: Es braucht zentrale Anreizprogramme, die den Frauenanteil erhöhen (nicht nur Teilzeit), Beschäftigte gesund möglichst lange in Arbeit halten, Ungelernten den Zugang zu anspruchsvolleren Jobs ermöglichen und die gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt fördern.